

## Antrag an die 2. Tagung des 5. Landesparteitages DIE LINKE. Thüringen am 5. 11. 2016 in Eisenberg

EinreicherInnen: IG Junge KommunalpolitikerInnen, Lisa Beckmann, Franziska Reich, Doreen Amberg, Tim Rosenstock, Markus Gleichmann, Katja Mitteldorf, Konstanze Keller-Hoffmeister, Christian Schaft, Mike Huster, Torsten Wolf, Steffen Kachel, Martin Dehmelt, Michael Bicker

### 1 **Politische Bildung und politische Teilhabe von Kindern und Jugendlichen fördern!**

2

3 Der Landesparteitag beauftragt die Mandatsträger\*innen der Landtagsfraktion, sich dafür  
4 einzusetzen, dass das Thema Kommunalpolitik (Struktur, Aufgaben, Wahlen, Mandate und  
5 Partizipationsmöglichkeiten) in den Lehrplänen der Regelschulen, Gemeinschaftsschulen,  
6 Gymnasien und Förderschulen verpflichtend als Unterrichtsinhalt verankert wird.

7

8

### 9 Begründung:

10 Mit der Einführung des Wahlalters ab 16 Jahren hat die rot-rot-grüne Landesregierung  
11 bereits einen wichtigen Grundstein für die Partizipation junger Menschen an der  
12 Kommunalpolitik gelegt. Um den Erstwähler\*innen nun aber auch das nötige Wissen  
13 möglichst einfach zur Verfügung zu stellen, ist es von elementarer Bedeutung neben den  
14 Angeboten der Parteien, eine einfach zugänglichere Wissensquelle zu schaffen. Die Abläufe  
15 und Strukturen der kommunalen Politik sollen so mit den Jugendlichen erarbeitet und ihnen  
16 aufgezeigt werden, welche Möglichkeiten der Partizipation, von der Bürgeranfrage in der  
17 Ratssitzung bis hin zur eigenen Kandidatur, für sie bereit stehen. Jugendlichen soll deutlich  
18 gemacht werden, wie sie der Politik ihre Stimmen zeigen und wie und in welchem Umfang  
19 sie über ihre Lebenswelt und Zukunft mitbestimmen können. Hierdurch soll einerseits das  
20 Interesse von Kindern und Jugendlichen an Politik verstärkt werden und gleichzeitig soll den  
21 jungen Menschen aufgezeigt werden, dass Mitbestimmung und Demokratie ein Teil ihrer  
22 eigenen Lebenswelt ist. Nur durch eine frühzeitige Aufklärung über Chancen, Möglichkeiten  
23 und Rechte ist der verstärkten Politikverdrossenheit aber auch dem Mangel junger  
24 Politiker\*innen in den Kommunalparlamenten langfristig entgegenzutreten.